

Annoucen-
Annahme-Bureau

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei E. S. Alric & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Strizand,
in Neferis bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei E. S. Paube & Co.,
Joanstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 283.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 24. April.

Inserate 20 Pf. die sechs-spaltige Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Am tliches.

Berlin, 23. April. Der König hat den Gymnasial-Direktor
Trosien zu Danzig zum Provinzial-Schulrath ernannt, sowie dem
praktischen Arzt Dr. Cohn in Wiesbaden den Charakter als Sanitäts-
Rath verliehen.

Der Provinzial-Schulrath Trosien ist dem königlichen Provinzial-
Schulcollegium zu Königsberg i. Pr. überwiesen worden. Der Privat-
dozent und Rufos am mineralogischen Museum der Universität Berlin,
Dr. Arzumi, ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen
Fakultät der Universität Breslau ernannt worden. Der Oberlehrer
Scholze vom Gymnasium in Kotel ist in gleicher Eigenschaft an
das Realgymnasium zu Fraustadt versetzt worden. Der ordentliche
Lehrer, Titular-Oberlehrer Müller am Realgymnasium auf der Burg
zu Königsberg i. Pr. ist zum etatsmäßigen Oberlehrer befördert
worden. Der ordentliche Lehrer Rapp am Gymnasium zu Barten-
stein ist zum Oberlehrer befördert worden. Dem ersten Lehrer Hin-
sch an der städtischen höheren Mädchenschule zu Bromberg ist der Titel
Oberlehrer beigelegt worden.

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung.

Berlin, 23. April. Am Tische des Bundesraths: Scholz,
Burdard.

Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.
Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und
Serbien wird hierauf in dritter Beratung genehmigt.

Darauf wird die zweite Beratung des Krankenkassen-
gesetzes fortgesetzt. Zur Debatte steht § 6:

Als Krankenunterstützung ist zu gewähren:

1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei,
sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel;
2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit, vom dritten Tage nach Ein-
tritt der Krankheit ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld
in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher
Tagelöhner.

Die Krankenunterstützung endet spätestens mit dem Ablauf
der dreizehnten Woche nach Beginn der Krankheit.

Die Gemeinden sind ermächtigt, zu beschließen, daß bei
Krankheiten, welche die Beteiligten sich durch eigenes großes
Verschulden, Trunksüchtigkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen
zugezogen haben, das Krankengeld gar nicht oder nur theilweise
gewährt wird.

Das Krankengeld ist wöchentlich postnumerando zu zahlen.

Abg. Gutfleisch beantragte, im dritten Absatz, welcher das
Krankengeld unter gewissen Umständen verweigert, die Worte „durch
eigenes großes Verschulden“ zu streichen.

Abg. Dr. Greve (Fortschritt) will den Absatz 3 ganz gestrichen
wissen.

Abg. Leuschner (Eisleben, freilos.) beantragt, im Alinea 2
statt der Worte „vom dritten Tage nach Eintritt der Krankheit ab“
zu setzen „vom vierten Tage“.

Die Abgg. Dr. Hammacher und Frhr. v. Wendt plaidiren
für Beibehaltung der Kommissionsbeschlüsse, da gegen Simulationen
der Arbeiter auch die ausgebreitetste Karenzzeit keine Garantie ge-
währe.

Abg. Kayser (Sozialdemokrat) empfiehlt statt des § 6 einen
neuen Paragraphen, welcher dahin geht, die Krankenunterstützung vom
Tage des Eintritts der Krankheit für die Dauer der Erwerbsunfähig-
keit zu gewähren. Das Krankengeld soll die Höhe des ortsüblichen
Tagelohns betragen und dazu freie Arznei gewährt werden. Für
Widwännerinnen soll die Unterstützung auf die Dauer von sechs Wochen
ausgedehnt, im Todesfall sollen die Begräbniskosten gewährt werden.

Abg. Dr. Hirsch plaidirt für Streichung des Absatzes 3, event.
bittet er wenigstens um Annahme des Antrages Gutfleisch.

Abg. Ebert spricht sich unter Hinweis auf seine praktischen Er-
fahrungen als Stadtindefus für den Antrag Gutfleisch aus.

§ 6 wird darauf unter Ablehnung der sämtlichen dazu vorliegen-
den Anträge unverändert in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 7 bestimmt, daß an Stelle der Unterstützung freie Kur und Ver-
pfllegung in einem Krankenhaus gewährt werden kann, und daß An-
gehörige der Kranken, die von dessen Arbeitsverdienste unterhalten
worden sind, dann nur die Hälfte des gesetzlichen Krankengeldes zu
beanspruchen haben.

Abg. Prinz Radziwili (Dostrowo) verweist auf die Verhältnisse
des Oberschlesischen Hüttenvereins; derselbe hat, um eine Simulation
von Krankheiten zu vermeiden, und auch, weil die Pflege im Hause
oft mangelhaft ist und die Genesung verzögert, den Lazarethszwang
beschlossen.

§ 7 wird darauf angenommen, ebenso nach unwesentlicher
Debatte § 8.

§ 9 lautet nach den Beschlüssen der Kommission:

Die von der Gemeinde zu erhebenden Versicherungsbeiträge
sollen, so lange nicht nach Maßgabe des § 10 etwas Anderes fest-
gesetzt ist, ein und ein halbes Prozent des ortsüblichen Tagelohns
(vergl. § 8) nicht übersteigen und sind Mangels besonderer Be-
schlusses in dieser Höhe zu erheben.

Dieselben fließen in eine besondere Kasse, aus welcher auch die
Krankenunterstützungen zu bestreiten sind.

Die Einnahmen und Ausgaben dieser Kasse sind getrennt von
den sonstigen Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde festzustellen
und zu verrechnen. Die Verwaltung der Kasse hat die Gemeinde
unentgeltlich zu führen. Ein Jahresabschluss der Kasse nebst einer
Uebersicht über die Versicherten und die Krankenkassenverhältnisse
ist alljährlich der höheren Verwaltungsbehörde einzureichen.

Reichen die Bestände der Krankenversicherungslosse nicht aus,
um die fällig werdenden Ausgaben derselben zu decken, so sind aus
der Gemeindefasse die erforderlichen Zuschüsse zu leisten, welche
ihre Vorbehaltung der Bestimmungen des § 10, dem-
nächst aus der Krankenversicherungskasse mit ihrem Reservefonds
zu erhalten sind.

Abg. Blos und Genossen beantragen statt des ersten Absatzes
zu sagen:

Die von der Gemeinde zu erhebenden Versicherungsbeiträge sollen
zwei Prozent des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigen und im
vierten Absatz die geperreten Worte zu streichen und hinter „Reserve-

fonds“ die Worte „in unzureichendem Falle aus der Staatskasse“ ein-
zuschalten.

Abg. Hasenclever motivirt diesen Antrag: Wenn der Herr
Minister Scholz behaupten wollte, daß man die Grenze, welche staats-
lichen Sozialismus und Sozialdemokratie trennt, auch hier überschreitet,
wenn man fordert, daß bei der Insolvenz der Gemeindefassen die
Staatskassen eintreten müssen, dann kann sich die Regierung mit ihrem
Sozialismus begraben lassen. Wir halten die Pläne der Regierung
für diskutabel, wünschen aber, daß unsere Anregungen dabei Berück-
sichtigung finden.

Geh. Rath Lohmann bittet, den Antrag Blos abzulehnen, da
im Falle seiner Annahme den Kommunen mit schlechter Finanzverwal-
tung eine Prämie gewährt würde. Es handelt sich hier um einen Zu-
schuß an die Gemeinden, und nicht an die Arbeiter.

Abg. Dr. Paasche (Sezessionist) wünscht, daß bei dauerndem
Zuschuß an die Krankenversicherungskasse die landwirtschaftlichen Ar-
beiter nicht von der Versicherung ausgeschlossen werden.

Abg. Dr. Hirsch: Wenn man auf dem Standpunkte steht, für
die Unfallversicherung einen Reichszuschuß zu verlangen und ein Theil
der Unfälle aus der Krankenversicherungskasse gezahlt werden soll, so
ist es nur logisch für die letzteren, einen Staatszuschuß zu beanpruchen.
Meine Partei steht prinzipiell auf entgegengesetztem Standpunkt, weil
sie der Meinung ist, daß durch diese Zuschüsse nur den Arbeitgebern
genützt wird und wird den Antrag Paasche unterstützen.

Abg. Dr. Bühl bittet den Antrag Paasche aus Zweckmäßigkeits-
gründen abzulehnen.

Darauf wurden die Anträge Blos und Paasche abgelehnt und § 9
unverändert angenommen.

Die §§ 10 und 11 passiren ebenfalls ohne wesentliche Debatte,
worauf sich das Haus vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Reichskriegs-
höfen, Krankenkassengesetz.

Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung.

Berlin, 23. April. Am Ministertisch: v. Puttkamer.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Verwaltungs-
gesetze und zwar zunächst des Entwurfs über die Organisation
der allgemeinen Landesverwaltung.

Der Schwerpunkt der Vorlage liegt in den §§ 27, 27a und 27b,
welche von dem Bezirksauschuß handeln, dem auch die Funktionen des
Verwaltungsgerichts zugewiesen sind. Geborener Vorsitzender
dieser Behörde soll der Regierungspräsident sein. Außerdem
enthält der Bezirksauschuß noch sechs Mitglieder, von denen zwei vom
Könige ernannt, vier durch den Provinzialauschuß gewählt werden.
Eines dieser Mitglieder wird vom Könige unter dem Titel Verwal-
tungsgerichtsdirektor zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten er-
nannt.

Die Debatte wird zunächst über die drei genannten Paragraphen
eröffnet.

Gegen die Vorlage nimmt das Wort

Abg. Gneist: Für den Bezirk rath und das Verwaltungsgericht
soll nunmehr eine Personalunion geschaffen werden. Dafür ist ein
durchschlagender Grund nicht vorgebracht worden. Wenn auch die be-
stehenden Einrichtungen manche Mängel mit sich geführt haben, so
sind dieselben doch durchaus nicht so erheblich, als von mancher Seite
behauptet worden ist. Die neuere Gesetzgebung, insbesondere das Or-
ganisationsgesetz und die Novellen zum Verwaltungsgerichtsgesetz, zur
Kreis- und Provinzialordnung, haben manche anerkannte Uebelstände
gemildert und gehoben; man erkent sich heute bereits einer durch die
Praxis geläuterten besseren Erkenntnis, und wenn man den Institu-
tionen noch weitere Zeit zur Verwahrung läßt, so werden allmählich
die Klagen ganz verstummen. Eine Neuorganisation würde indeß
neue Rechtsunsicherheit herbeiführen und die Rechtsbegriffe, welche sich
allmählich zu befestigen anfangen, im Wolke von Neuem verwirren. Der
Drang nach Abänderung des vorhandenen Zustands hat aber einen
politischen Hintergrund; der Verwaltung sind die ihr durch die Ver-
waltungsgerichtsbarkeit angelegten Fesseln unbecquem, und deshalb er-
strebt man eine Behördenkonstruktion, welche diese Fesseln zwar löst,
aber keineswegs die nötige Garantie für die Unparteilichkeit der Ver-
waltungsrechtsprechung bietet. Nur die Vereinfachung der Behörde wird
als Grund für die Vorlage geltend gemacht, aber bevor man zu einer Ver-
schmelzung der Behörden schreitet, muß man doch erst den Nachweis führen,
daß eine der vorhandenen Behörden übrig ist. So lange man überhaupt die
Scheidung von freitigen und nicht freitigen Sachen aufrechterhält,
müssen notwendig in der Mittelinstanz auch die Behörden getrennt
bleiben, denn gerade auf der Scheidung von Beschlüssen und Streit-
sachen beruht der Aufbau der besonderen Beschlufs- und Streitbehör-
den. Die Vorlage hat allerdings versucht, den Unterschied zwischen
Streit- und Beschlufsachen in gewisser Beziehung zu verwischen, und
hierauf auch die Vereinigung der Behörden in der Bezirksinstanz
motivirt. Allein, thatsächlich besteht die Scheidung in freitige und
nicht freitige Sachen fort, sie tritt nur ansatz wie bisher schon in der
Mittelinstanz, erst in der letzten Instanz in die äußere Erscheinung.
In dieser Instanz gingen die Beschlufsachen an den Oberpräsidenten,
die Streitfachen an die Obergerwaltungsgerichte, und für das Prinzip
ist es doch gleichgültig, ob es in der oder jener Instanz zum Durch-
bruch gelangt. Die Gesichtspunkte, welche bisher für die Ueber-
weisung der einzelnen Sachen an das von der Beschlufsbehörde ge-
trennte Bezirksverwaltungsgericht in Betracht gekommen sind, bleiben
jetzt für die Ueberweisung an das Obergerwaltungsgericht maßgebend
und die angelegten Uebelstände, welche man so scharf betont, werden
keineswegs beseitigt, sondern nur nach oben verschoben. Dagegen
legt die Vereinfachung der besonderen Gerichtsbehörde in der Mittel-
instanz die Befürchtung nahe, es würde dem Obergerwaltungsgericht
eine erhebliche Zahl von Dingen mangelhaft instruirt werden, und
dieser Uebelstand muß seiner Konsequenz das ungeschmälerte Fortbestehen
des obersten Gerichtshofes selbst in Frage stellen. — Allein weit be-
denklicher als die Verschmelzung der Behörden selbst, ist die Ueber-
tragung des Vorsitzes an einen absehbaren Beamten. Stelle man den
Regierungspräsidenten an die Spitze des Verwaltungsgerichts, so wird
dieses nicht diejenige Glaubwürdigkeit, nicht diejenige Autorität in den
Augen des Publikums haben als das jetzige Bezirksverwaltungsgericht.

Man darf nicht vergessen, daß durch die Entscheidungen der Verwal-
tungsgerichtsbehörden der ordentliche Rechtsweg erlerkt werden soll.
Um so dringender ist es daher geboten, den Verwaltungsgerichtshof
mit allen denjenigen Kautelen zu umgeben, welche geeignet sind, seine
Unabhängigkeit nicht nur zu sichern, sondern auch nach außen hin er-
kennbar zu machen. Dazu gehört in erster Linie, daß ein von Ver-
waltungsinteressen nicht beeinflusster Beamter den Vorsitz führt. Auch
eine Reihe anderer Gründe spricht gegen die Uebertragung des Vor-
sitzes an den Regierungspräsidenten. Die Sachen, über welche die Be-
zirksbehörde zu entscheiden haben würde, lassen sich in drei Kategorien
theilen. Die erste umfaßt diejenigen Sachen, in welchen der Regie-
rungspräsident als Partei auftritt, indem eine von ihm erlassene Ver-
fügung Gegenstand des Angriffs ist. In diesen Sachen kann der Re-
gierungspräsident unmöglich den Vorsitz führen und ähnlich verhält es
sich mit der zweiten Kategorie, wo die angegriffene Verwaltungsmaß-
regel mittelbar auf seine Initiative zurückzuführen ist. Dabei ist nicht
nötig, daß der Regierungspräsident immer eine formelle Verfügung
erlassen habe, er kann vielmehr den Anstoß zu der angefochtenen
Maßregel auch durch gelegentliche Äußerungen in Audienzen, auf
Reisen, durch Telegramme u. s. w. gegeben haben. Die dritte Kate-
gorie umfaßt alle übrigen, so zu sagen, indifferenten Sachen. Diese
sind so vielfältig und zahlreich, daß der Regierungspräsident gar nicht
in der Lage ist, sich um die Entscheidung derselben in jedem Falle selbst
zu kümmern. Innere und äußere Gründe führen also dazu, dem
Regierungspräsidenten den Vorsitz nicht zu übertragen. Auch die Un-
abhängigkeit der ernannten Mitglieder ist in der Vorlage keineswegs
genügend sicher gestellt und bedarf zum mindesten einer erheblichen
Stärkung. Nach allem dem ist der gemachte Vorschlag weder notwen-
dig noch zweckmäßig, auch theoretisch nicht begründet, die Vereinfachung
der Instanzen aber wird nur in einzelnen Fällen wirksam und durch
den Verlust der Verwaltungsgerichte zu theuer erkauft. Sollte wirklich
ein brauchbares Gesetz geschaffen werden, so müßte eine Kommission
niedergesetzt werden, welcher neben Vertretern der Provinzialbehörden
auch Mitglieder des Obergerwaltungsgerichts angehören und diese
müßte einen neuen Entwurf für alle Provinzen des Staates aus-
arbeiten, welcher dann zur Grundlage unserer Beratungen zu machen
ist. (Beifall links.)

Abg. v. Rauchhaupt: Nachdem in der Kommission zwischen
den maßgebenden Parteien des Hauses eine Verständigung erzielt wor-
den ist, haben wir es für angezeigt erachtet, von der Einbringung be-
sonderer Amendements Abstand zu nehmen. Uns haben dazu auch die
Erfahrungen veranlaßt, die wir mit der Umänderung der Kreisord-
nung gemacht haben und wir sind überzeugt, daß kein Land
die fortwährende Umänderung seiner Verwaltung erträgt; wir
halten es für hohe Zeit, daß wir mit unserer Verwaltungs-
reform endlich einen Beschluß machen. (Sehr richtig! links.) Die
heutige Rede des Herrn Gneist hat sich von derjenigen, die er bei der
ersten Beratung des Gesetzes gehalten hat, durch einen mehr veröhn-
lichen Ton ausgezeichnet und wenn Herr Gneist anerkannt hat, daß
endlich eine Reihe gemeinsamer Anschauungen zum Durchbruch gelangt
sind, so wird es nur konsequent sein, wenn die Liberalen uns Konzes-
sionen machen. Beim Beginn der Rede des Herrn Gneist gewann ich
den Eindruck, als ob er nicht mehr wie früher die Stellung des Re-
gierungspräsidenten an der Spitze der Verwaltungsrechtsprechung für
absolut gefährlich halte; aber im weiteren Verlaufe hat sich Herr Gneist
doch wesentlich anders geäußert und sich auf die Erfahrungen bezogen,
die wir seit 1873 in diesem Punkte gemacht haben. Wenn diese Ver-
suche erfolglos geblieben sind, so liegt es nur daran, daß die Kreis-
ordnung dem Präsidenten nur das fakultative Recht des Vor-
sitzes im Bezirksauschuß übertrug. Wir haben zur Zeit diesen Stand-
punkt bekämpft und freuen uns, daß die Vorlage dem Regierungs-
präsidenten nun den obligatorischen Vorsitz übertragen hat.
Der Präsident wird neben den Laien nicht auf einsamer Höhe, son-
dern unter schärferer Kontrolle stehen. Die Beeinflussung des Prä-
sidenten auf die Laien wird nicht existiren, wie sie thatsächlich
auch nicht von dem Landrath auf die Mitglieder des Kreisauschusses
geübt wird. Der Präsident wird durch die Theilnahme der Laien an
der Verwaltungsrechtsprechung nur zu äußerster Vorsicht in seinen An-
ordnungen veranlaßt werden, weil er weiß, daß er sie rechtfertigen
muß. Daß an dem altpreussischen Kollegialsystem gerüttelt worden ist,
hat mich anfänglich bedenklich gemacht und wir werden nicht in die
Lage verkerst worden, jetzt so viel Kautelen zu schaffen, wenn wir bei
dem alten System geblieben wären. Aber Herr Gneist hat vor zwei
Jahren am allereifrigsten für das französische Präsektorsystem plaidirt,
so daß ich nicht begreife, woher sein jetziger Widerstand gegen diese
Einrichtung stammt. Da wir dadurch auch in den Nicht-Kreisordnungs-
provinzen die Selbstverwaltungskollegien in zweiter Instanz einführen,
so sollte Herr Gneist dazu seine Hand bieten. Die Mittheilung
der Laien wird die Schärfe der politischen Gegensätze aus der Selbst-
verwaltung herausbringen. Unsere Regierungspräsidenten stehen so
miten in der Verwaltung (Widerspruch links), hängen so eng mit der
Bevölkerung zusammen (Heiterkeit links) mit ihnen (zur Linken) aller-
dings nicht, weil Ihre Bestrebungen den Präsidenten unsympathisch
sind — sie sind so unabhängige Männer (Oho! links), mehr als
mancher von Ihnen, die jetzt so laut Oho! rufen, daß sie ihre
Stellung nicht mißbrauchen werden. Das Publikum hat auch
keine Abneigung gegen die Regierungspräsidenten, sondern mehr gegen
Verwaltungsgerichtsdirektoren wegen der furchtbar veränderten Er-
kenntnisse, die man von dort aus erhält. Herr Gneist hat sich beklagt,
daß man das Obergerwaltungsgericht über diese Materie nicht befragt
hat; aber warum ist denn der verehrte Herr so früh aus der Kom-
mission ausgeschieden? Uebrigens ist die Materie bis in die Pro-
vinziallandtage hinein diskutiert worden. Es giebt auch hier eine öffent-
liche Meinung, die nicht gerührt hat, bis ein Minister des Innern nach
dem andern ihr Rechnung zu tragen sich ansieht. Gewundert hat es
mich, daß Herr Gneist seine Auffassung mit der des Reichsanstalters als
identisch bezeichnet hat, während es doch bekannt ist, daß Fürst
Bismarck von der Vorlage vom Jahre 1880, die doch so recht das
Schloßkind des Kollegen Gneist ist, nicht sehr entantirt gewesen ist.
Auch Herr von Brauchitsch, dem ich sehr nahe gefanden habe, daß voll-
kommen auf dem Boden der Vorlage gestanden. Wir haben die Ueber-
zeugung, daß, wenn wir mit Ernst und Objektivität an die Beratung
herangehen, wir etwas schaffen können, was die Gewähr der Dauer in
sich trägt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Auch wir wollen eine Fortbildung
unserer Verwaltungssetzung und sind von ihrer Reformbedürftig-
keit überzeugt; aber wenn wir widersprechen, so geschieht es darum,
weil uns jede Gewähr für die Dauer dessen fehlt, was hier geschaffen

werden kann. Die konservative Partei wird sich aller Amendements enthalten und dadurch voraussichtlich einen äußeren Erfolg erreichen; wie sich das Herrenhaus und die Regierung zu unseren Beschlüssen verhalten werden, kann man jetzt nicht beurtheilen. Für unsere Opposition gegen die Verschmelzung des Bezirksraths und des Verwaltungsgerichts können wir zwei Autoritäten anführen: einen konservativen Minister, der noch vor drei Jahren die Trennung dieser Behörden eifrig betrieb, und die Autorität des Herrenhauses. Wie die Regierung sich zu den Kommissionsbeschlüssen verhalten wird, ist noch unbekannt, und es verlohnt deshalb, die letzteren mit der Vorlage zu vergleichen. Man erblickt schon bei einem oberflächlichen Blick, daß der Herr Minister keinen Grund hat, „mit des Vorbeers munteren Zweigen das feste Haar zu bekriegen“. (Große Heiterkeit.) Die Regierung ist nur mit einem Vorschlage halb durchgekommen, mit den anderen völlig unterlegen. Es wäre demnach erforderlich, etwas über die Stellung der Regierung zu erfahren. Der Bericht sagt uns darüber nichts und das ist natürlich, denn ein Schelm giebt mehr als er hat. Drei Möglichkeiten sind vorhanden. Entweder die Regierung nimmt die Vorschläge der Kommission an, dann sind wir in der Lage nach kurzer Diskussion die Gesetze zu Stande zu bringen; oder die Regierung nimmt von vornherein eine ablehnende Haltung an, dann ist es ausgeschlossen, daß wir die Vorlage noch in dieser Session zu Stande bringen; oder schließlich, die Regierung behält die dilatorische Behandlungsweise bei, dann kommen wir in eine nicht wünschenswerthe Geschäftslage, was besonders mit Rücksicht auf die großen Aufgaben, die unser Reichstag harren, gesagt sein soll. — Wir glauben, daß der Regierungspräsident deshalb nicht die geeignete Persönlichkeit ist, im Bezirksverwaltungsgericht den Vorsitz zu führen, weil er durch seine Hauptbeschäftigung daran gehindert wird. Ein konservatives Mitglied, das erst in der zweiten Session in die Kommission eintrat, stellte den Antrag, die Unabhängigkeit im Bezirksverwaltungsgericht zu beseitigen, weil dadurch im Falle der Behinderung des Präsidenten ein Mitglied präsidieren müßte, das mit den Intentionen des Ministers nicht vertraut ist. Was für ein Zustand wird aber herbeigeführt, wenn ein Richter sich in jedem einzelnen Falle fragen muß, ob er hier dem eigenen Gewissen, oder den Intentionen des Ministers folgen soll. — Wenn die Regierung eine Niederlage erlitten hat, so ist darum von uns noch kein Sieg erforscht worden. Aus der tiefen Divergenz zwischen der Regierung und einer Partei, die vorbehaltlos der Vorlage zustimmen wollte, schließen wir, daß das neue Gesetz nicht die Gewähr der Dauer in sich trägt, und wir wollen durch Zufalls-majorität nicht Verhältnisse schaffen, gegen die sich bald wieder eine Agitation richten würde. Die Regierungsvorlage ist ein Eintagsvorschlag, wodurch unser Ziel, die Reform auch auf diejenigen Provinzen auszuweihen, welche die Selbstverwaltung nicht haben, nicht erreicht werden kann, und da wir davon überzeugt sind, haben wir unsere Anträge gestellt. (Bravo! links.)

Abg. Hansen erklärt, nicht auf dem Standpunkt seiner Fraktionsgenossen in der Frage der Verwaltungsreform zu stehen. Aus den Worten des Abg. Gneiß spricht ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen die Regierungspräsidenten und noch mehr gegen die Unabhängigkeit der Laien, von denen angenommen wird, daß sie sich von dem Regierungspräsidenten werden majorisieren lassen. Wäre das denkbar, dann wären wir für die Selbstverwaltung noch nicht reif. Aus den Kreisordnungsprovinzen ist bisher ein solcher Vorwurf gegen den Kreisauschuß noch nicht erhoben worden. Nach meinem Dafürhalten kann die Regierung auf die Anwesenheit des Präsidenten im Bezirksrath nicht verzichten. Ich halte die Personalunion für einen Fortschritt, weil sie das Verfahren vereinfacht und deshalb werde ich und einige meiner Freunde für den § 27 stimmen. (Bravo! rechts.) Die Fortsetzung der Debatte wird darauf bis Dienstag 10 Uhr vertagt. Schluß 1 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 23. April. [Der Windthorst'sche Antrag. Neue Eisenbahn-Verstaatlichungen.] Der Verhandlung, welche für Mittwoch im Abgeordnetenhaus über den Windthorst'schen kirchenpolitischen Antrag bevorsteht, wird in allen Parteilagern mit wachsender Spannung entgegen gesehen. Während man von den spezifisch parlamentarischen Gesichtspunkten aus davon die notwendige Entscheidung über die fernere parlamentarische Geschäftsbehandlung erwartet, — da das Verhalten des Zentrums hierzu sich wohl nach dem Verlauf der Mittwoch's-Verhandlung richten wird, — fehlt es auch nicht an Vertretern der Ansicht, daß wir wieder einmal vor einem „neuen Ausgangspunkt“ der inneren Politik ständen. Die Gerüchte von einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kanzler und den übrigen preussischen Ministern betreffs der ferneren Behandlung der kirchenpolitischen Frage dienen natürlich zur Unterstützung jener Auffassung. Da es als festgestellt zu betrachten ist, daß Fürst Bismarck sich mit dem Gedanken beschäftigt, unbeschadet einer sonstigen, die katholische Hierarchie kontrollirenden Gesetzgebung die eigentlich gotesdienstlichen Handlungen der katholischen Kirche freizugeben, so liegt in der Erinnerung an die Konsequenz, welche Fürst Bismarck früher bei der Verfolgung einmal ergriffener Ideen bewiesen hat, allerdings die Vermuthung nahe, daß der ihm vorherhand entgegengetretene Widerspruch ihn schwerlich abschrecken werde; ist der letztere, wie anzunehmen, mit dem Nachweise begründet worden, daß durch eine dem Antrag Windthorst ähnliche Bestimmung die ganze bestehende kirchenpolitische Gesetzgebung haltlos werde, so ist es nach früheren Erfahrungen höchst wahrscheinlich, daß dies den Kanzler nur veranlassen wird, einen anderen Weg zum Ziele zu suchen; und an Rathgebern hierfür wird es nicht fehlen. Unter solchen Umständen ist vorherzusehen, daß das Zentrum am Mittwoch es weniger auf eine agitatorische Debatte anlegen wird — obgleich etwas auch in diesem Genre immerhin der Wähler wegen geleistet werden muß —, als es vielmehr bemüht sein wird, Aufklärung über die wirkliche Stellung des Fürsten Bismarck und der übrigen Minister zu dem Gedanken des Antrags Windthorst zu schaffen, um darauf hin dann weiter zu operiren. — Aus den Börsenfreisen, in denen neue Eisenbahn-Verstaatlichungsprojekte schon seit einiger Zeit wieder spuken und allerlei Kursbewegungen veranlassen haben, sind diese Gerüchte auch in das Abgeordnetenhaus gelangt, ohne daß ihnen indeß dort aktuelle Bedeutung beigelegt würde. Es handelt sich dabei um die großen Bahnlagen in der Provinz Schlesien, in erster Reihe um die Oberschlesische und um die Nechte-Oberufer-Eisenbahn. Man kann nicht bezweifeln, daß Herr Maybach die Einfügung auch der Hauptlinien des schlesischen Eisenbahnnetzes in das Staatsbahnsystem beabsichtigt; und da er in früherer Zeit selbst oberster Leiter der, bekanntlich im Privatbesitz befindlichen, aber unter staatlicher Verwaltung stehenden Oberschlesischen Eisenbahn war, so kennt er die dort in Betracht kommenden Verhältnisse genau genug,

um dadurch bei der Vorbereitung seiner Aktion — die sich bisher in Aufforderungen zu Tarif-Herabsetzungen bekundet hat — unterstützt zu werden. Die Ansicht, daß ein Abkommen mit einer der beiden, oben genannten Bahnen die andere von selbst zur Verstaatlichung treiben werde — wie es z. B. betreffs der Köln-Mindener und der Rheinischen Bahn der Fall war —, wird von allen Sachkundigen vertreten. Aber selbst für den Fall einer erheblichen Verlängerung der Landtagsession erwartet man für diesmal keine Vorlage.

— Von der Fortschrittspartei und der liberalen Vereinigung ist, um noch in dieser Session des Reichstags eine Entscheidung wenigstens über die Grundprinzipien des Unfallversicherungsgesetzes herbeizuführen, beantragt worden, daß die Kommission über die §§ 1—14 des Gesetzes vor der Berathung der übrigen Paragraphen Bericht erstatte.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß heute, die Wahl des mit geringer Mehrheit gewählten Abg. v. Sejaniecki im 4. Wahlkreis des Regierungsbezirks Marienwerder (Thorn) wegen mancherlei Unregelmäßigkeiten zu beanstanden. Gegenkandidat war der Landtags-Abgeordnete Dommies (national-liberal).

Budapest, 16. April. Der Anklage-Antrag in der Tisza-Esalarer Affaire ist gestern von der Ober-Staatsanwaltschaft dem Kriegerbezirksgerichtshofe mittelst Post zugesandt worden. Das Schriftstück umfaßt sieben Bogen. Der Antrag stützt sich auf die in den Untersuchungssakten enthaltenen Aussagen des Zeugen Moriz Scharf, auf das Gutachten des Landes-Sanitätsrathes, auf die Aussagen der Identitäts-Zeugen, welche in der Tisza-Dadaer Leiche die verdächtige Ethier Solymosy nicht erkannten, und auf die Geständnisse der Mörder Jankel Smilowicz und Anselm Bogel. Die Ober-Staatsanwaltschaft beantragt, es mögen der Tisza-Esalarer Schächter Salomon Schwarz, der Tarzaler Schächter Abraham Burbaum, der Zeglarer Schächter Leopold Brann und der südbische Bettler Hermann Wollner als unmittelbare Thäter des am 1. April v. J. in Tisza-Esalar in der dortigen Synagoge verübten Mordes an Ethier Solymosy nach § 278 des Strafgesetzbuches unter Anklage gestellt und auch weiter in Haft behalten werden. Joseph Scharf, Samuel Lustig, Lazar Weisstein, Adolph Junger und Abraham Braun seien wegen Mitschuld am Morde bei weiterer Inhaftierung unter Anklage zu stellen; schließlich beantragt die Ober-Staatsanwaltschaft die Verhängung des Anklagestandes über Jankel Smilowicz, David Hersko und Anselm Bogel wegen Verbrechens der Vorschubleistung, begangen durch Leichenschmuggel. Die weitere Inhaftierung des Polgarer Schächters Emanuel Taub, gegen den die Anklage fallen gelassen worden ist, wurde gleichzeitig beantragt. Die Anklage beantragt die Vorladung von nahezu 200 Zeugen zur Schlussverhandlung, darunter eine große Anzahl von Perionen, die während der Untersuchung nicht verbört wurden. Unter den zur Vorladung beantragten Zeugen befinden sich die zwei Stuhlrichter, die dem Leichensfund intervenirten, die Komitats-Sicherheitskommissäre Ray und Recksy, mehrere Panduren, der Gefängniswärter Karancsy, die sachverständigen Aerzte: Trautler, Kiss, Horvath und die Universitäts-Professoren Scheutbauer, Michalowicz und Belsky und mehrere Andere. Wie man dem „Neuen Pester Journal“ mittheilt, ist der Gerichtshof von Nyireghaza geneigt, den Anklagebeschluss zu fällen, und es werden bereits Vorbereitungen für die Schlussverhandlung getroffen, die aller Wahrscheinlichkeit nach gegen Ende Mai, spätestens Anfangs Juni in Angriff genommen wird. Da der Gerichtshof nicht über einen entsprechend großen Verhandlungsaal verfügt, werden Anstalten getroffen, daß die Verhandlung im großen Saale des Komitatshauses stattfinden. Bei der großen Anzahl der Zeugen, und da viele derselben theils entfernt wohnen, theils nicht so leicht auffindbar sein werden, wird der Termin der Schlussverhandlung auf mehrere Wochen nach Fällung des Anklagebeschlusses vertagt werden. Uebrigens geschieht dies auch aus dem Grunde, weil den Verteidigern, denen bisher die Einsicht in die Akten verweigert war, Zeit gegönnt werden muß, die Untersuchungssakten zu studiren. Die Vertheilung wird gegen den Anklagebeschluss des Gerichtshofes nicht appelliren, da auch sie die Durchführung der öffentlichen Schlussverhandlung anstrebt.

Vocales und Provinzielles.

Wien, 24. April.

d. [Die Wohnung des Kardinals Ledochowski.] Der „Kurzer Pozn.“, welcher bekanntlich in steter Fühlung mit der Umgebung des Kardinals Ledochowski steht, widerspricht der in unserem heutigen Morgenblatte mitgetheilten Nachricht der Wiener „Politischen Korrespondenz“, weist darauf hin, daß im Vatikan nicht allein Kardinal Ledochowski, sondern auch Staatssekretär Jacobini und Kardinal Hergenrötter und andere Würdenträger wohnen, und daß es dort gewiß nicht an Wohnungen für sämtliche Karidinele fehlen würde; Kardinal Ledochowski wohne im ersten Stockwerke und nehme außer der Wohnung für die Dienerschaft Vorzimmer, einen Speisesaal und drei große und prächtige Zimmer ein; solche größeren Wohnungen finde man aber im Vatikan noch mehr, wenn sie für die Brüder oder Vetter des Papstes erforderlich wären. Wenn also Kardinal Pecci im Palast Barberini wohne, so müßten andere Gründe dazu vorhanden sein. Der „Kurzer Pozn.“ meint: Die von der „Politischen Korrespondenz“ gebrachte Mittheilung sei ein neuer Beweis, welcher Einflüsse man in gewissen Sphären, welche in Rom vertreten sind, sich bediene, um den Kardinal Ledochowski aus dem Vatikan zu entfernen.

d. Der „Kurzer Pozn.“ bringt einen Artikel, in welchem er sagt: Man beklage sich in der Stadt darüber, daß einige der Herren Direktoren der Volksschulen die Bitten der Lehrer, welche am Begräbnisse oder der Trauerandacht für die nächsten Anverwandten theilnehmen wollen, gar nicht berücksichtigen. So habe z. B. der Rektor Hecht der Lehrerin Fel. Molinska am 20. d. Mts. einen einstündigen Urlaub, um zu dem in der Gymnasialkirche für ihren verstorbenen Vater abgehaltenen Trauergottesdienste gehen zu können, nicht ertheilt; auch habe derselbe vor einem Jahre dem Lehrer Lipowicz nicht erlaubt, zum Begräbnisse seines Großvaters zu reisen. Wir können aus besser Quelle diesen Behauptungen gegenüber mittheilen, daß Fel. Molinska vom 11. bis 13. und vom 16. bis 20. April d. J. wegen der Krankheit und des Todes ihres Vaters gänzlich beurlaubt gewesen ist und erst am 21. April den Unterricht wieder aufgenommen hat, während der Trauergottesdienst bereits am 20. April stattfand; anderweitige Anträge auf Urlaub sind von derselben nicht gestellt worden und konnten daher auch nicht abgelehnt werden. Was aber den Lehrer Lipowicz betrifft, so ist demselben allerdings der zu Weihnachten 1881 beantragte Urlaub aus triftigen Gründen verweigert worden, aber nicht nur vom Rektor Hecht, sondern auch vom kgl. Kreisinspektor. — Derartige Denunziationen müßten dem „Kurzer“ doch schon wegen der Quelle, aus welcher sie herkommen, verdächtig erscheinen. Wer immer nach Gerechtigkeit schreit, sollte sich auch bemühen, selbst Gerechtigkeit zu üben!

r. Ein Zusammenstoß. Am Sonntag Nachmittag fuhr eine mit Passagieren besetzte Droschke auf der St. Martinsstraße so heftig an das Hinterrad einer ihr entgegenkommenden leeren Droschke, daß letztere dadurch umgeworfen und die Droschke zerbrochen wurde.

r. Sachbeschädigung. Ein Arbeiter von der Jagorze hatte sich am Sonntag Nachmittag mit seiner Frau in eine Schänke auf der Breitenstraße begeben, wo beide so lange Schnaps tranken, bis sie Stambul angingen und in Folge dessen an die Luft gesetzt wurden. Aus Rache dafür zertrümmerte die Frau zwei Fenstercheiben der Schänke und ver setzte dem Hausnechte, welcher sie an die frische Luft befördert hatte, mit einem harten Gegenstande einen Schlag ins Gesicht, so daß er ein blaues Auge davontrug. Als aber ein Schutzmann herbeigeholt wurde, zogen es Beide vor, die Flucht zu ergreifen.

Krotoschin, 22. April. [Goldene Hochzeit.] Gestern feierte das in der hiesigen Bürgerschaft allgemein geachtete Sypyska'sche Ehepaar hieselbst das Fest seiner goldenen Hochzeit. In früher Morgenstunde wurde demselben auf Veranlassung des Regimentskommandos von der hiesigen Militärkapelle ein Ständchen gebracht. Mittags 12 Uhr begab sich das Jubelpaar in Begleitung seiner zahlreichen aus Kindern, Enkeln und Urenkeln bestehenden Familie, welcher sich der hiesige Gemeindefürsorge, der Magistrat, der Vorstand des Landwehrvereins, sowie Beamte des hiesigen Postamts angeschlossen hatten, unter Glockengeläute vom Pfarrhause aus in die hiesige evangelische Kirche, um an demselben Altare, an welchem es vor 50 Jahren dem Gebend geschlossen hat, den göttlichen Segen von Neuem zu empfangen. Am Schlusse der kirchlichen Feier wurde demselben ein Glückwunschschild aus dem Geheimen Zivilkabinett des Kaisers nebst der verliehenen Jubiläumsmedaille überreicht. Von der hiesigen Kirchengemeinde erhielt das würdige Ehepaar eine Jubelbibel zum Geschenk. Die Oberpostdirektion zu Posen, in deren Bezirk der Jubelbräutigam eine lange Reihe von Jahren bis zum Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand als pflichttreuer Beamter thätig gewesen ist, hat dem Jubelpaare ihre Theilnahme an dem Ehren- und Freudentage durch ein herzliches Glückwunschschild bezeugt, welches von dem Direktor des hiesigen kaiserlichen Postamtes, Herrn Major Jäkel, persönlich überreicht worden ist. Der Herr Landrath Gläser, welcher durch das heilige Erbschaftsgeld in Dobruca verhindert war, an dem Feste persönlich Theil zu nehmen, hat dem Jubelpaare seine Glückwünsche durch den Herrn Pastor prim. Füllkrug bei der Ueberreichung der Jubiläumsmedaille aussprechen lassen.

Terminales.

* Feuerbrunst. Der in der Nähe von Hildburghausen gelegene Marktflecken Weisdorf wurde am Sonnabend von einer entsetzlichen Feuerbrunst, welche die ganze Nacht über anhielt, heimgesucht. Die Hälfte des 749 Einwohner zählenden Ortes ist niedergebrannt; über 50 Wohnhäuser mit allen Nebengebäuden und Scheunen liegen in Asche.

Suleiman Pascha †. Aus Konstantinopel meldet dem „Berl. B. C.“ ein Privattelegramm den in Bagdad erfolgten Tod Suleimans an Pascha's, des türkischen Generals, der in dem letzten russisch-türkischen Kriege eine so hervorragende Rolle gespielt. Suleiman hatte zuerst durch seine energische Haltung bei den Operationen gegen Montenegro die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, später, nach der Besetzung des Schiplapasses durch die Russen, wurde er zum Oberbefehlshaber der am Südbahange des Balkan konzentrirten türkischen Truppen ernannt. Als solcher setzte er in der zweiten Augusthälfte des Jahres 1877 jene formidablen, von riesigen Menschenopfern begleitete Angriffe gegen die russischen Positionen im Schiplapass in Scene, die noch in Aller Erinnerung sind. Er vermochte indeß die Stellungen der Russen wohl zu erschüttern, aber nicht zu nehmen. Als sich die Kriegführung in Bulgarien auf die Operationen vor Plewna aufbaute, wurde Suleiman an Stelle Mehemed Ali's zum Oberbefehlshaber der türkischen Armee in Bulgarien ernannt, ohne indeß den von türkischer Seite auf ihn gesetzten hohen Erwartungen gerecht zu werden. Weber vermochte er der ihm gegenüber stehenden Armee des Großfürsten Thronfolgers einen entscheidenden Schlag zu verfehen, noch dem in Plewna eingeschlossenen Osman Pascha zu entsetzen.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 23. April. Se. Maj. der Kaiser und Ihre K. Hoheit die Großherzogin von Baden machten am Sonnabend eine gemeinsame Spazierfahrt. Der Vertreter des auswärtigen Amtes, Wirtl. Geh. Legationsrath v. Bülow, hatte sodann einen längeren Vortrag bei Sr. Majestät. Gestern empfing der Kaiser den Statthalter von Elsaß-Lothringen, GFM. Frhr. v. Mantuffel, zu längerem Vortrage; die Großherzogin von Baden wohnte nebst Gefolge dem Gottesdienste in der evangelischen Hauptkirche bei. Nach einer gemeinsamen Spazierfahrt mit der Großherzogin sah Se. Majestät zum Diner die Prinzessin Louise von Preußen nebst Hofstaat, den GFM. Frhr. von Mantuffel, den General der Infanterie von Röder, die Generalleutenanten v. Böhm und v. Bychelberg und den Oberlieutenant v. Colomb bei sich. Heute Vormittag arbeitete Se. Majestät mit dem Chef des Zivilkabinetts v. Wilnowski und empfing den Oberpräsidenten Grafen zu Eulenburg zu längerem Vortrage. Der Landgraf und die Landgräfin von Hessen sind hier eingetroffen.

Stuttgart, 23. April. Die Feier des 200jährigen Jubiläums des Ulmenregiments ist äußerst glänzend verlaufen. Bei dem Festbanket, welches auf Kosten des Königs stattfand, brachte Prinz Wilhelm v. Württemberg im Namen des Königs einen Toast auf das Regiment aus. Der kommandirende General v. Schachmeyer verlas ein Telegramm Sr. Maj. des Kaisers aus Wiesbaden, in welchem dem Regimente die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen werden und dem Kommandeur Zepplert der Rothe Adlerorden III. Klasse verliehen wird. Der Kronprinz hatte das Regiment ebenfalls telegraphisch beglückwünscht.

München, 23. April. Die Abgeordnetenkammer hat den Beschluß der Reichsrathskammer über die Rothhandsvorlage, nach welchem 1,075,000 M. an nicht rückerstattbaren Einzelunterstützungen bewilligt werden, angenommen, die Uebertragbarkeit von Ersparnissen aber abgelehnt. Das ganze Gesetz wurde sodann mit allen gegen eine Stimme genehmigt.

Die Reichsrathskammer hat unmittelbar darauf die Rothhandsvorlage nach dem Beschlusse der Abgeordnetenkammer angenommen und ist alsbald mittelst Ordre des Königs vertagt worden. Die Vertagung der Abgeordnetenkammer erfolgt in einer auf Nachmittags 4 Uhr anberaumten Sitzung.

Alzheim, 23. April. Bei den Landtagswahlen wurden in 27 Bezirken regierungsfreundliche Kandidaten gewählt; 4 Bezirke wählten Starcevicaner, 3 Mrazovicaner, in einem Bezirke ist eine engere und in einem anderen eine Neuwahl vorzunehmen.

Paris, 23. April. In der Deputirtenkammer verlas Raquet den Bericht der Kommission für die Konvertirungsvorlage, welcher die Annahme der Vorlage mit

den bekannten Modifikationen empfiehlt. Die Kammer beschloß, Hfort in der Beratung einzutreten. Cassagnac griff die Finanzpolitik der Regierung heftig an und erklärte, er werde für die Konvertirung stimmen, weil er hoffe, daß dieselbe zum Ruin der Republik beitragen werde.

Haag, 22. April. Das neue Kabinet ist wie folgt zusammengesetzt: Heemsterk Inneres, van der Does de Vellebois Aussenwärtig, Dutour van Bellinghove Justiz, Vize-Admiral Geerling Marine, General Weizel Krieg, Grobbee Finanzen, van den Bergh Waterstaat, Handel und Industrie, van Bloemenwaanders Kolonien.

London, 23. April. Im Unterhause kündigte Bourke an, er werde am Donnerstag die Anfrage an die Regierung richten, ob sie Mittheilungen über den Tripelvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien machen könne.

London, 23. April. Das heute verkündete Urtheil des Lord Oberrichters in dem Prozesse „Bradlaugh contra Newdegate“ bewilligt Bradlaugh 5000 Pfd. Sterl. an Schadloshaltung und Zinsen und verurtheilt Newdegate außerdem zu den Prozesskosten.

Rom, 22. April. Die Kammer beendigte heute die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Vertilgung der P h y l l o x e r a und genehmigte sämtliche Artikel desselben. Danach soll das Ministerium im Falle einer Infektion auf Antrag des P h y l l o x e r a Komites entscheiden, ob die Zerföhrungs- oder die Heilungsmethode angewendet sei.

Rom, 23. April. Die Mächte sind seitens des britischen Kabinetts eingeladen worden, die Vollmachten der Donau-Kommission, welche mit dem 24. d. M. erlöschen würden, bis zum Austausch der Ratifikationen des Londoner Vertrags zu verlängern.

Konstantinopel, 23. April. Fürst Alexander von Bulgarien hat sich nicht direkt nach Athen begeben, sondern zunächst nach Jassa; er beabsichtigt von dort nach Jerusalem zu gehen, wo er während der Charwoche bleiben wird, um dann nach Athen zu reisen.

Verantwortlicher Redakteur: S. Fontane in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 23. April, 8 Uhr Morgens.

Table with 5 columns: Ort, Barom. a 0 Gr. nachd. Meeresniv. rebus. in mm., Wind, Wetter, Temp. i. Cels. Grad. Rows include locations like Kullaghnova, Aberdeen, Christianfund, etc.

1) Nachts Regen. 2) Nachts Schnee und Regen. 3) Nachmittags Regen und Graupeln. 4) Nachts Regen. 5) Nachts Schnee und Regen. 6) Nachts Regen. 7) Nachts Schnee und Regen. 8) Nachts Regen. 9) Nachts Schnee und Regen. 10) Nachts Regen. 11) heftiger Sturm, 12 = Orkan. Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet:

1. Nordeuropa, 2. Küstengebiet von Nord bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Unter dem Einflusse des hohen Luftdruckes über Nord-Europa, welcher an Intensität etwas abgenommen hat, dauert im südlichen Nord- und Ostseegebiete die lebhaft östliche und nordöstliche Luftströmung fort. Dd meldet Nordoststurm. Im Südwesten ist das Barometer wieder stark gefallen, so daß eine Besserung des Wetters zunächst noch nicht zu erwarten ist.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Table with 5 columns: Datum Stunde, Barometer auf 0 Gr. rebus. in mm. 82 m Seeshöhe, Wind, Wetter, Temp. i. Cels. Grad. Rows for 23. Nachm., 23. Abnds., 24. Morgs.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 23 April Morgens 1,54 Meter. 23. Mittags 1,54. 24. Morgens 1,54.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 23. April. (Schluß-Course.) Fest, sehr still. Lond. Wechsel 20,45. Pariser da. 81,125. Wiener da. 170,73. R.-M. S.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 101 1/2. R.-M.-Pr.-Anst. 127 1/2. Reichsanl. 102 1/2. Reichsbank 149 1/2. Darmst. 154 1/2. Meining. Bl. 96 1/2. Dett.-ung. Bl. 710,00. Kreditaktien 270 1/2. Silberrente 67 1/2. Bavierrente 66 1/2. Goldrente 83 1/2. Ung. Goldrente 76 1/2. 1860er Loose 120 1/2. 1864er Loose 321,50. Ung. Staatsb. 224,60. do. Oest.-Obl. II. 96 1/2. Böhm. Westbahn 264. Elisabethb. —. Nordwestbahn 175 1/2. Galizier 266 1/2. Franzosen 287 1/2. Lombarden 127 1/2. Italiener 91 1/2. 1877er Russen 89 1/2. 1880er Russen 72 1/2. II. Oriental. 67 1/2. Centr.-Pacific 112 1/2. Disconto-Kommandit —. III. Oriental. 67. Wiener Bankverein 94 1/2. 5% österreichische Bavierrente 79 1/2. Buschtrader —. Egypter 76 1/2. Gotthardbahn 127 1/2. Turlen 12 1/2.

Die Voranmeldungen auf die rumänische Anleihe sind beim Hause Rothschild bereits so zahlreich eingelaufen, daß eine starke Ueberzeichnung unabweisbar ist.

Wien, 23. April. Ungar. Kreditaktien 314,00, österr. Kreditaktien 317,90, Franzosen 336,60, Lombarden 149,30, Galizier 310,25, Nordwestbahn —, Elbthal 227,30, österr. Bavierrente 78,90, österr. Goldrente —, 6proz. ungar. Goldrente —, do. 5proz. Bavierrente —, 4proz. ungar. Goldrente 90,12 1/2, Marknoten 58,55, Napoleons 9,50, Bankverein 109,90, Anglo-Austrian —. Fest.

Wien, 23. April. (Schluß-Course.) Schluß ruhig. Bavierrente 78,77 1/2. Silberrente 79,15. Dester. Goldrente 98,20. 6proz. ungarische Goldrente 120,50. 4proz. ungar. Goldrente 90,10. 5proz. ungar. Bavierrente 88,10. 1864er Loose 119,50. 1860er Loose 132,50. 1864er Loose 168,50. Kreditloose 173,50. Ungar. Prämien. 114,50. Kreditaktien 317,50. Franzosen 335,75. Lombarden 149,40. Galizier 311,00. Kaiser-Oberb. 146,50. Nordwestb. 150,00. Nordwestb. 204,00. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 285,00. Oesterreich. ungar. Bank —. Centr.-Pacif. —. Unionbank 118,80. Anglo-Austrian 116,25. Wiener Bankverein 109,75. Ungar. Kredit 313,25. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,80. Pariser da. 47,50. Amsterdamer da. 99,40. Napoleons 9,50. Dukaten 5,68. Silber 100,00. Marknoten 58,52 1/2. Russische Banknoten 1,18 1/2. Lemberg-Garnowitz —. Kronpr.-Rudolf 164,75. Franz.-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthalb. 225,60. Tramway 223,50. Buschtrader —. Dester. 5proz. Papier 93,25.

Nachbörse: Dester. Kreditaktien 316,80. Ungar. Kreditaktien —, Franzosen 334,25, Lombarden —, 4proz. ungar. Goldrente —, Galizier —, Elbthal —, Nordbahn —, österr. Bavierrente —, Nordwestbahn —, Anglo-Austrian —, Markt.

Die Dividende der Elbthalbahn soll, wie es gerüchtweise heißt, 10 Fl. betragen. Wien, 23. April. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 312,00, österreichische Kreditaktien 316,70, Franzosen 334,80, Lombarden 149,40, Galizier 311,00, Nordwestbahn 203,00, Elbthal 225,00, österr. Bavierrente 78,75, do. Goldrente 98,20, ungar. 6 pCt. Goldrente 120,50, do. 4 pCt. Goldrente 90,10, do. 5 pCt. Bavierrente 83,12 1/2, Marknoten 58,52 1/2, Napoleons 9,50, Bankverein 109,60. Still.

Die gemeinsame Regierung hat mit der Unionbank ein Ueber-einkommen abgeschlossen wegen Ausdehnung der Geschäftstätigkeit dieser Bank auf Bosnien und die Herzegovina. Nach diesem Ueber-einkommen wird die Unionbank mit Privilegien ausgestattete Zweigniederlassungen in Serajewo errichten.

Paris, 23. April. (Schluß-Course.) Fest. 3proz. amortisirb. Rente 80,37 1/2. 3proz. Rente 79,22 1/2. Anleihe de 1872 111,65. Italien. 5proz. Rente 91,85. Desterreich Goldrente 83 1/2. 6proz. ungar. Goldrente 102 1/2. 4proz. ungar. Goldrente 77,50. Russen de 1877 93. Franzosen 710,00. Lombard. Eisenbahn-Aktien 327,50. Lombard. Prioritäten 297,00. Türken de 1865 11,95. Türkenloose 56,75. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 380,00. Spanien neue 64 1/2. do. inter. —. Sucz-anal-Aktien 2575,00. Banque ottomane 754,00. Union gen. —. Credit foncier 1340,00. Egypter 384,00. Banque de Paris 1057. Banque d'escompte 537,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,21. 5proz. Rumänische Anleihe —. Foncier ägyptien 602,00.

Florenz, 23. April. 5pCt. Italien. Rente 91,37. Gold 20,00. London, 23. April. Consols 102 1/2. Italien. 5proz. Rente 90 1/2. Lombarden 12 1/2. 3proz. Lombarden alte 11 1/2. 3proz. do. neue 11 1/2. 5proz. Russen de 1871 85 1/2. 5proz. Russen de 1872 85. 5proz. Russen de 1873 87. 5proz. Türken de 1865 11 1/2. 3proz. fundirt Amerik 105 1/2. Desterreichische Silberrente 66 1/2. do. Bavierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76. Dester. Goldrente 82 1/2. Spanien 64. Egypter 75 1/2. Ottomanbank 19 1/2. Preuß. 4proz. Consols 101. Rubig. Silber 50 1/2. Plakdiskont 2 1/2 pCt.

Aus der Bank flössen heute 13,000 Pfd Sterl. nach Holland. Petersburg, 19 April. Wechsel auf London 23 1/2. II. Orientanleihe 92.

Produkten-Kurse.

Wien, 23. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 20,50 fremder loco 21,00, per Mai 20,10, per Juli 20,40, per November 20,65. Roggen loco 14,50, per Mai 14,45, per Juli 14,80, per Noobr. 15,20. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 37,00, pr. Mai 36,60, per Oktober 32,00.

Hamburg, 23. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, per April-Mai 191,00 Br., 190,00 Gd., per Juli-August 194,00 Gd., 193,00 Gd. — Roggen loco unverändert, auf Termine unverändert, per April-Mai 189,00 Br., 188,00 Gd., per Juli-August 142,00 Br., 141,00 Gd. — Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl rubig, loco 74,00, Mai 72,00. — Spiritus matter, April 40 1/2 Br., per Mai-Juni 40 1/2 Br., per Juli-August 41 1/2 Br., per August-Sept. 42 1/2 Br. — Raffee fest, aber ruh. Umsatz 2000 S. Petroleum rubig, Standard white loco 7,80 Br., 7,70 Gd., per April 7,75 Gd., per August-Dezember 8,30 Gd. Wetter: Schön.

Bremen, 23. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Rubig, Standard white loco 7,70, per Mai 7,75, per Juni 7,90, per Juli 8,00, per August-Dezember 8,35. Alles Brief.

Wien, 23. April. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,10 Gd., 1,15 Br., per Herbst 10,30 Gd., 10,35 Br. Roggen per Frühjahr 7,80 Gd., 7,85 Br., per Herbst 7,90 Gd., 7,95 Br. Hafer pr. Frühjahr 6,98 Gd., 7,03 Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 6,87 Gd., 6,92 Br.

Wien, 23. April. Produktenmarkt. Weizen loco sehr fest, per Frühjahr 9,70 bez., 9,70 Br., per Herbst 10,05 Gd., 10,07 Br. — Hafer per Frühjahr 6,60 Gd., 6,65 Br., per Herbst 6,60 Gd., 6,65 Br. Mais per Mai-Juni 6,38 Gd., 6,42 Br. Rohrtraps pr. Aug.-September 14.

Paris, 23. April. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per April 25,50, per Mai 25,75, per Juni-August 26,50, per Juli-August 26,90. — Roggen beh., per Mai-August 17,00, per Juli-August 18,25. — Weizen 9 Marques fest, per April 57,25, per Mai-August 58,50, per Juli-August 59,80. — Rüböl träge, per April 97,00, per Mai 96,75, per Juni-August 99,75, per Sept.-Debr. 79,00. — Spiritus rubig, per April 50,25, per Mai 50,75, per Juni-August 51,25, per September-Dezember 51,25. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 23. April. Rohrzucker 88° loco rubig, 53,00a53,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. per April 66,75, per Mai 61,00, per Juni-August 61,30, per Oktober-Januar 60,30.

London, 23. April. An der Küste angeboten 13 Weizenladungen. Wetter: Kalt.

London, 23. April. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Weizen, Mais und Weizen fest, Gerste und Hafer träge. Bohnen und Erbsen 1 fh. theurer als vergangene Woche.

London, 23. April. Havannaquater Nr. 12 23 1/2 nominell.

London, 23. April. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Englischer Weizen 1 fh. theurer, Verkäufer, fremder Weizen stetig, 1 fh., Erbsen und Bohnen 1 fh., Weizen und amerik. Mais 1 fh. theurer als vergangene Woche, runder Mais fester, andere Artikel träge, angekommene Weizenladungen ruhig.

London, 23. April. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 14. bis zum 20. April: Englischer Weizen 4672, fremder 67,267, engl. Gerste 578, fremde 14,408, engl. Malzgerste 16,034, fremde 87, englischer Hafer 204, fremder 44,502 Orts. Englischs Mehl 18,175, fremdes 26,615 Sack und 1900 Faß.

Liverpool, 23. April. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Rubig, amerikanischer Umsatz 8,000 Ballen. Rubig. Tagesimport 2000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 23. April. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Rubig. Rüböl, amerikanische April-Mai-Lieferung 5 1/2, Mai-Juni 5 1/2, September-Oktober-Lieferung 5 1/2.

Bradford, 23. April. Wolle matt, Garne ruhig, Mohairgarne anziehend, in Stoffen mehr Geschäft.

Glasgow, 23. April. Rotheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 sh. 4 d.

Glasgow, 23. April. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 15,000 Tons gegen 14,100 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Amsterdam, 23. April. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine höher, per Mai 27 1/2, per November 28 1/2. Roggen loco und auf Termine unverändert, per Mai 167, per Oktober 174. Hafer per Mai —, per Herbst —. Fl. Rüböl loco 41, per Mai 39, per Herbst 36 1/2.

Amsterdam, 23. April. Bancazinn 59 1/2.

Antwerpen, 23. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen steigend. Hafer ruhig. Gerste flau.

Antwerpen, 23. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) mar. finirtes, Type weiß, loco 19 1/2 bez., 19 1/2 Br., per April — Br., per Mai — bez., 19 1/2 Br., per Sept. 20 Br., per Sept.-Dezember — bez. 21 Br. Rubig.

Rio de Janeiro, 21. April. Wechselcourse auf London 21 1/2, do. auf Paris 443. — Tendenz des Kaffeemarktes: Fest. Preis für good first 4500 a 4600. Durchschnittliche Tageszufuhr 16,500 Sack. — Ausfuhr nach Nordamerika 62,000 Sack, do. nach dem Kanal und Nord-Europa 22,000 Sack, do. nach dem Mittelmeere — Sack. Vorrath von Kaffee in Rio 240,000 Sack.

Bromberg, 23. April. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen fester, hochbunt und glatt feinst 182 — 185 Mark, gesunde Mittel-Qualität 165 — 178 Mark, hellbunt, mit etwas Auswuchs, 145 — 160 M., abfallende Qualität feucht und bezogen 125 — 135 Mark. — Roggen unverändert, loco inländischer feiner 124 — 125 Mark, mittlere Qualität 118 — 122, abfallende Qualität 115 Mark. — Gerste nominell, feine Brauwaare 125 — 135 Mark, grobe und kleine Futtergerste 100 — 110 Mark. — Hafer feine Qualität 120 — 125 M., geringer 110 — 118 Mark. — Erbsen, Roßwaare 150 — 160 M., Futterwaare 115 — 125 M. — Mais, Rübisen und Kaps ohne Handel — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 51,50 Mark. — Rubelkurs 200,75 Mark.

Stettin, 23. April. [An der Börse.] Wetter: Bewölft.

+ 4° R. Barometer 28,2. Wind: SW. Weizen fest, per 1000 Kilo loco gelber 172 — 191 Mark, weißer 172 — 191 Mark, geringer und feuchter 140 — 165 Mark, per April-Mai 192,5 — 193 M. bez., per Mai-Juni 193 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 194 M. bez., per Juli-August 195,5 — 196 M. bez., per September-Oktober 196,5 M. Gd. — Roggen fest, per 1000 Kilogramm loco inländischer 120 bis 132 M., geringer und feuchter — M., per April-Mai 135 — 136 — 135,5 M. bez., per Mai-Juni 136 bis 137 — 136,5 Mark bez., per Juni-Juli 138,5 — 139 — 138,5 M. bez., per Juli-August 141 — 141,5 Mark bez., per September-Oktober 142 bis 143,5 — 143 Mark bezahl. — Gerste rubig, per 1000 Kilo loco Märker und Oberbruck, gewöhnliche 116 bis 124 Mark, bessere 125 bis 134 Mark, feine 135 bis 156 Mark. — Hafer still, per 1000 Kilo loco Pommerischer 112 bis 122 M. — Winterweizen matt, per 1000 Kilogramm per April-Mai — M. bez., per September-Oktober 289 M. Br. — Winterweizen per 1000 Kilo — M. — Rüböl matt, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Reinigleiten flüssiges 68 M. Br., abgel. Anmahlung — M. bez., per April-Mai 68,5 — 66 M. bez., per Mai-Juni 66,5 Mark Br., per September-Oktober 62,5 M. Br. — Spiritus etwas fester, per 10,000 Liter pCt. loco ohne Faß 52,6 M. bezahl. mit Faß — M. bez., kurze Lieferung ohne Faß — M., per April-Mai 52,5 M. Gd., per Mai-Juni 52,8 M. bez., Br. und Gd., per Juni-Juli 53,6 — 53,7 M. bez. und Gd., per Juli-August 54,4 M. Br. und Gd., per August-September 54,8 M. bez., 55 M. Br. und Gd., per September-Oktober 53,7 M. Br. u. Gd. — Angewendet: 1000 Ztr. Weizen, 5000 Ztr. Roggen, 300 Ztr. Rüböl, — Liter Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 193 M., Roggen 135,5 M., Rübisen — M., Rüböl 66,25 M., Spiritus 52,5 M. — Petroleum loco 8,1 Mark trans. bez., Regulirungspreis 8,1 M. tr., alte Usance 8,3 M. tr., September-Oktober — M. (Dfsee-Stg.)

Produkten-Börse

Berlin, 23. April. Wind: S.D. Wetter: Trübe. Geregnet hat es nun auch, aber zufrieden ist der Markt mit dem Wetter doch nicht, denn es ist mehr herblich, als frühlingsmäßig...

Petroleum unverändert. - Spiritus in effektiver Waare ziemlich reichlich zugeführt, fand zu erhöhter Notiz prompt Unterfommen. Termine erkräften sich einer durchgängig kleinen Besserung und schlossen auch fest, aber der Verkehr war wenig belebt.

Erbsen Kochwaare 160-220, Futterwaare 145-150 per 1000 Kilogramm nach Qualität. Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sac. Loß und per diesen Monat - G., per April-Mai - bez., per Mai-Juni 27,75 Br., per Juni-Juli 28 Br., per Juli-August - M.

Fonds- und Aktien-Börse

Berlin, 23. April. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit meist besseren Kursen auf spekulativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die günstigen Meldungen und theilweise höheren Notierungen, welche von den fremden Börsenplätzen vorlagen, von maßgebendem Einfluß.

Anlagen und fremde Zins tragende Papiere konnten sich, der Haupttendenz entsprechend, theilweise etwas besser stellen. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige wiesen meist feste Haltung und vereinzelt ziemlich belangreiche Umsätze auf.

belebt, Ungarische Goldrente als unverändert, Russen als fester zu nennen. Niederländ. 4 proz. Staats-Anleihe 99,75 bez. u. Gd. Deutsche und preussische Staatsfonds waren fest und ruhig, inländische Eisenbahnprioritäten wenig belebt.

Unrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden sächs. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. St.-G., Dep. Ant. B. (Elbeth), Nordd. Bank, Industrie-Aktien, Dividende pro 1882, Bank-Aktien, Dividende pro 1882. Lists various financial instruments and their prices.